

Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2009 am 24. März 2009
des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Herrn Dr. E. h. Brickwedde

Herr Ratsvorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen

als der Haushalt der Stadt Osnabrück am 09. Dezember 2009 eingebracht wurde, hat der Oberbürgermeister in seiner relativ kurzen Rede achtmal darauf hingewiesen, es handele sich um einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt. Der Kämmerer – etwas vorsichtiger – hat nur dreimal in seiner Rede erwähnt, es handele sich um einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt; er hat aber darauf hingewiesen, dass dieser Ausgleich fast ausschließlich auf Einnahmeverbesserungen und nicht auf einer Reduzierung der Ausgaben beruhe, worin wir ihm ausdrücklich zustimmen. Und er hat mitgeteilt, dass zu den Finanzausgleichsleistungen nicht damit zu rechnen sei, dass wir dort zusätzliche Erträge verbuchen können. Realistischer wäre es gewesen zu sagen, dass wir wegen gestiegener Gewerbesteuern mit geringeren Leistungen des Landes rechnen müssten und deswegen eben die Verwaltung im formalen Sinne einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt vorgelegt hat - im faktischen Sinne aber, angesichts der Kürzungen, die da kommen mussten, war das nach unserer Einschätzung kein ausgeglichener Verwaltungshaushalt, so wie die Verwaltung ihn hätte einbringen sollen.

Zweitens stellen wir fest - der Haushaltskrimi ging dann weiter - dass bei der ersten Besprechung zwischen Verwaltungsvorstand und den Fraktionsspitzen am 11. Februar diese Fassade eines ausgeglichenen Verwaltungshaushaltes aufrechterhalten wurde, obwohl bereits der Finanzverwaltung bekannt war, dass dieses nicht mehr zutraf. Und ich finde es schon beklagenswert, dass muss ich nochmal ganz offen sagen, dass der Oberbürgermeister nicht einen Tag vor einem solchen Spitzengespräch, sondern einen Tag nach einem solchen Spitzengespräch über die wahre Finanzlage informiert wurde. Wir haben uns aber darüber im Finanzausschuss ausgetauscht, deswegen will ich das hier nicht noch einmal im Detail hervorheben.

Fest steht jedenfalls, dass das strukturelle Defizit, das nur mit 5,4 Mio. € beziffert wurde, im Wesentlichen durch den Rückgang der Finanzausgleichsleistungen des Landes von über 4 Mio. zustande kam.

Der Öffentlichkeit gegenüber - und jetzt geht der Haushaltskrimi weiter - wurde das Ganze aber als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise dargestellt. „Krise reißt tiefes Loch in den Haushalt“, titelte die NOZ, was objektiv nicht zutrifft und auch später von der Verwaltung zugegeben wurde. Aufgrund eines Gespräches zwischen dem Oberbürgermeister und Herrn Hinrichs hieß es in dem Artikel, in den Tagen zwischen Mittwoch und dem Wochenende hätten sich die Rahmendaten drastisch verändert, wie der Oberbürgermeister mitteilte. Das ist natürlich mitnichten so gewesen. Es hat sich in diesen Tagen von Mittwoch bis zum Wochenende überhaupt nichts verändert. Alle Fakten lagen vor, man hatte den Oberbürgermeister darüber nicht rechtzeitig informiert.

Das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf es in Zukunft nicht mehr geben! Wir brauchen Transparenz innerhalb der Verwaltung und wir brauchen auch eine völlige Transparenz zwischen Verwaltung und Rat; sonst machen solche Gespräche nicht den Sinn, den sie haben müssen.

Am 19. Februar bekamen wir dann ein Schreiben des Kämmerers, des Inhalts, dass das Haushaltsdefizit jetzt schon bei 6,5 Mio. liege. Wir haben die acht Punkte, die dort insgesamt als Begründung angeführt worden, geprüft: von acht Punkten hatten sieben mit der Wirtschaftskrise nichts zu tun, sondern haben völlig andere Gründe.

Im Finanzausschuss vom 24. Februar hat Herr Dr. Baier bestätigt, dass das strukturelle Defizit im Verwaltungshaushalt nicht Folge der Wirtschaftskrise sei. Unser Antrag, wonach die Verwaltung beauftragt wurde, aufgrund der aktuellen Finanzlage zusätzliche Vorschläge zu machen, um das strukturelle Defizit zu verringern, wurde zu unserer großen Überraschung nur von der FDP unterstützt und von SPD und Grünen abgelehnt, obwohl man in der Sitzung schon merkte, dass es dort zwischen SPD und Grünen offensichtlich auch eine differenzierte Auffassung gab. Aber man hat zunächst mal abgelehnt.

Wir haben dann im Finanzausschuss am 03. März noch mal an Verwaltung, an SPD und Grüne appelliert: Tragen wir gemeinsam dazu bei, das strukturelle Defizit zu verringern! Der Oberbürgermeister, und ich erinnere mich sehr gut an diesen Begriff, hat gesagt: „Unser Ehrgeiz liegt daran, das strukturelle Defizit zu verringern - es wird noch weitere Vorschläge geben.“

Herr Oberbürgermeister, ich stelle fest, es hat keine weiteren Vorschläge seitens der Verwaltung gegeben. Herr Hagedorn hat damals gesagt: „Wir werden neue Vorschläge machen“, das ist auch geschehen. Die SPD hat in der Sitzung zu diesem Thema zunächst einmal keine Aussagen gemacht.

Meine Damen und Herren, die Frage, die wir damals z. B. zu einem Punkt gestellt haben, warum denn die Mehrerträge aus den starken Verschärfungen im Bußgeldkatalog sich nicht im Haushalt wiederfinden, ist von der Verwaltung mit dem Hinweis auf nicht nennenswerte Steigerungen beantwortet worden. Erst nach zweimaligem Nachfragen im Finanzausschuss und im Verwaltungsausschuss hat dann die Verwaltung mitgeteilt, sie habe sich geirrt und 100.000,00 € Mehreinnahmen in den Haushalt eingesetzt.

Ich sage es noch einmal: Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Rat muss so sein, dass wir gemeinsam einen Haushalt herbeiführen, der auch tatsächlich strukturelles Defizit beseitigt und damit den Haushalt zukunftsfähig macht.

Wir haben uns als CDU in vielen Sitzungen Gedanken gemacht: Welche Beiträge können wir dazu leisten, zu mehr finanzieller Solidität zu kommen, und wir haben insgesamt 11 Anträge zum Verwaltungshaushalt gestellt. Ich möchte nur auf drei davon eingehen, weil sie eine besonders wichtige Bedeutung haben - manche Anträge sind auch in der Zukunft erst wirksam, wie z. B. die Frage nach der Entwicklung der Jugendzentren und Ganztagschulen, wie entwickelt sich das Spielplatzkonzept und andere Fragen, die strukturelle Eingriffe in den nächsten Jahren bringen werden.

Ich werde mich auf drei Punkte beschränken: Das ist erstens die kontinuierliche Reduzierung der Personalkosten einschließlich der Ablehnung zusätzlicher Stellen, zweitens: Die strukturellen Veränderungen im Bereich Kultur und drittens die Reduzierung der Ausgaben für die Straßenbeleuchtung.

Meine Damen und Herren: Im Bereich Personal haben wir einen Antrag gestellt unter der Überschrift „Aufgabenkritik, Prioritätensetzung, Effizienzsteigerung“. Es geht uns darum, die Personalkosten dauerhaft und nachhaltig zu reduzieren. Wir müssen sehen, dass wir durch die Tarifsteigerungen ohnehin große Zuwächse bei den Personalkosten haben. Wenn wir nichts tun, dann werden die Personalkosten uns weglauen. Deswegen haben wir gesagt: Es ist realistisch, unter Einbeziehung der Tarifsteigerung 2,5 bis 3 % bei den Personalkosten zu reduzieren und das wäre in den nächsten fünf Jahren eine Summe von etwa 2,3 Mio. €. Dieses haben wir als Antrag formuliert, ausführlich begründet und wir freuen uns darüber, dass alle Fraktionen inzwischen erklärt haben, dass sie diesem Antrag der CDU zustimmen werden. Wir empfinden das als einen großen Fortschritt gegenüber den Diskussionen in den Monaten davor.

Meine Damen und Herren, zurzeit sind sechs Stellen extern ausgeschrieben, z. B. die Leitung des Büros für Friedenskultur. Ist niemand in einer Verwaltung mit 2000 Mitarbeitern in der Lage, diese Funktion auszufüllen? Müssen wir eine solche Position extern ausschreiben? Müssen wir Sachbearbeiter „Raum- und Veranstaltungsmanagement“ extern ausschreiben? Brauchen wir zusätzlich zu einem Klimamanager, der jetzt kommen soll, auch noch einen weiteren Energieberater, obwohl die Stadtwerke bereits Energieberatung machen? Wir müssen strukturell an diese Fragen herangehen. Wenn wir im Personalhaushalt so weitermachen wie bisher, werden wir im Haushalt niemals eine Konsolidierung hinbekommen.

Punkt zwei: Kultur. Die Kultur soll über 500.000,00 € in diesem Haushalt mehr bekommen. Wir sind der Meinung, dass auch im Bereich Kultur gespart werden muss, wie in jedem anderen Bereich. Das gilt vor allen Dingen deswegen allein schon, weil es sich bei den kulturellen Aufgaben um freiwillige Aufgaben handelt, während wir in anderen Bereichen gar nicht frei entscheiden können, ob wir aufstocken oder reduzieren. Im Kulturetat sind seitens der Verwaltung 25.000,00 € als Sparmaßnahme vorgesehen. Unser Vorschlag: Die Kultur soll sich mit insgesamt 200.000,00 € an der Haushaltskonsolidierung beteiligen! In der Vergangenheit ist gesagt worden: Es gibt keine Luft im Kulturetat. Aber, meine Damen und Herren, wenn die Kulturverwaltung will, dann ist Luft da. Das hat sie bewiesen, als plötzlich und unerwartet 112.000,00 € aus Haushaltsresten mobilisiert wurden, um zusätzlich für die Ausstellung „Die verborgene Spur“ eingesetzt zu werden. Wir haben in allen Museen unserer Stadt Besucherrückgänge, wir wollen deswegen - wir begrüßen das - in einem Workshop darüber diskutieren, wie die Zukunft der kulturellen Einrichtungen sein kann und welche strukturellen Veränderung notwendig sind. Wir sind der Auffassung, dass das Museum Natur und Umwelt mit dem Zoo aufs Engste kooperieren muss, dass dort Synergieeffekte geschaffen werden können, die auch Einsparungen ermöglichen. Als weitere Beispiele haben wir angeführt, die Kunstschule aus gemieteten Räumen in städtische Immobilien zu führen, den Einsatz von Ehrenamtlichen z. B. in den Stadtteilbibliotheken und Museen zu verstärken, oder einen längeren Abstand verschiedener Festivals und Ausstellungen, die uns sehr viel Geld kosten, einzuführen, obwohl ich auch insgesamt sagen möchte, manchmal ist weniger mehr, ist Klasse besser als Masse. Wir sollten uns darauf konzentrieren, wirklich gute Dinge zu machen und zu fördern und nicht in dieser Weise fortzufahren wie bisher.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass auch hier unseren Anträgen für die Reduzierung von 50.000,00 € plus 125.000,00 € also insgesamt 175.000,00 € nun auch von allen Fraktionen zugestimmt wird. Wir sehen das auch als großen Fortschritt aufgrund des Dialoges zwischen den Fraktionen an. Die interfraktionellen Gespräche haben konkrete Ergebnisse und ich freue mich darüber, dass wir auch in diesem Punkt einig sind, dass wir in diesem Workshop über strukturelle Verbesserungen diskutieren und mit der neuen Kulturdezernentin gemeinsam überlegen: Wie können wir unsere Kultur in Zukunft noch effizienter fördern?

Der dritte Punkt: Wir haben bei der Straßenbeleuchtung ein Gutachten zur Analyse der Kosten- und Leistungsfaktoren vorliegen. Dieses Gutachten sagt aus, dass die Dichte der Straßenlaternen in Osnabrück sehr hoch ist - überdurchschnittlich hoch im Verhältnis zur Zahl der Einwohner, außerdem die Kosten des technischen Unterhalts sehr hoch sind, ein sehr hoher Personalaufwand betrieben wird und so weiter. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Kosten bei der Straßenbeleuchtung um 25 % senken lassen. Deswegen haben wir als CDU beantragt, nicht 400.000,00 € zusätzlich für Straßenbeleuchtung einzusetzen, wie das die Verwaltung vorgeschlagen hat, sondern zu sagen: Lasst uns doch erst mal prüfen, wie soll die Zahl der Straßenbeleuchtungseinrichtungen in Zukunft aussehen? Es macht auch unter energetischen Gesichtspunkten mehr Sinn, diese Zahlen auf ein normales Maß zu beschränken, als diese hohe Zahl beizubehalten und dann Energiesparlampen einzubauen.

Ich freue mich, dass wir auch in diesem Punkt Konsens zwischen den Fraktionen erreicht haben und auch hier die interfraktionellen Gespräche etwas bewirkt haben.

Auch unserem Vorschlag, keine zusätzlichen Stellen zu schaffen – es waren ja konkret 2 ¼ Stellen beantragt worden – haben die anderen Fraktionen inzwischen zugestimmt, sodass wir auch da eine Entlastung erreicht haben.

Insgesamt haben wir hier erreicht, dass eine Zahl von über 1,4 Mio. an Einsparungen oder Bewilligungen die nicht zustande gekommen, entstehen wird - Belastungen etwa in Höhe von 200.000,00 €, sodass die reale Entlastung für den Verwaltungshaushalt bei etwa 1,2 Mio. liegt, wenn man all unseren Anträgen folgen wird.

Natürlich gibt es auch noch einen Unterschied zwischen uns und SPD und Grünen, der liegt unter 200.000,00 €, sodass wir also insgesamt zu dem Ergebnis kommen, dass wir trotz großer Bedenken dem Haushalt zustimmen werden, weil wir in diesen interfraktionellen Gesprächen Erfolge erreicht haben, d. h. also, das Defizit im Verwaltungshaushalt deutlich abgesenkt worden ist, wenn wir auch noch lange nicht da sind, wo wir hinkommen müssen.

Ja, meine Damen und Herren, das Entscheidende ist für uns Seriosität, Solidität und sorgfältiger Umgang mit den Steuergeldern, das muss die Marschrichtung sein! Das Girokonto der Stadt ist bereits um 82 Mio. € überzogen; es werden jetzt nochmal etwa weitere 5 Mio. dazukommen. Wir müssen einfach feststellen, meine Damen und Herren, dieses Überziehen des Girokontos für laufende Ausgaben ist unsozial. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und deswegen müssen wir in den nächsten Jahren weiter daran arbeiten, dieses strukturelle Defizit abzubauen und gleichzeitig im investiven Bereich Gas zu geben, um etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun. Deswegen stimmen wir auch gemeinsam dem Konjunkturpaket II für Osnabrück zu. Herzlichen Dank.